

Probleme des Klassenkampfes

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

| | |
|---|-----|
| Redaktion | 1 |
| Johannes Agnoli, Zwanzig Jahre danach: Die Transformation der Demokratie | 7 |
| Charles Sabel, Struktureller Wandel der Produktion und neue gewerkschaftliche Strategien | 41 |
| Benjamin Coriat/Philippe Zarifian, Tendenzen der Automatisierung und Neuzusammensetzung der Lohnarbeit | 61 |
| Stephen Wood, Neue Technologien, Arbeitsorganisation und Qualifikation: die britische Labor-Process-Debatte | 74 |
| Knuth Dohse, Konzern, Kontrolle, Arbeitsprozeß. Überlegungen zum Verhältnis von Konzernzentralen und Konzernbetrieben | 105 |
| Adam Przeworski, Methodologischer Individualismus als Herausforderung der marxistischen Theorie | 120 |
| Kurt Hübner/Michael Stanger, Funktionalismus, methodologischer Individualismus und marxistische Theorie. Bemerkungen zum Beitrag von Przeworski | 144 |

Redaktion: Elmar Altvater, Thomas Hahn, Siegfried Heimann, Kurt Hübner, Thomas Hurtienne, Lothar Lappe, Birgit Mahnkopf, Willfried Spohn, Michael Stanger, Christof Watkinson (geschäftsführend).

Die Prokla erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr, Gesamtumfang 640 Seiten jährlich. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 13.—, im Einzelverkauf 16.—. Abonnement über eine Buchhandlung oder über den Verlag. Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (52.— DM plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils sofort nach Erscheinen zugesandt.

Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30, Telefon 030 / 261 11 96 (den Verlag und Vertrieb für alle früheren Hefte, Prokla 1-21, hat der Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30 übernommen.)

Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10, Telefon 030 / 834 55 22, 323 50 58 (Dienstag 14-16 Uhr)

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein: Sie leitet sie zur Behandlung in eins der zuständigen Redaktionskollektive der Prokla weiter. Bitte Rückporto beilegen. Eine Haftung kann nicht übernommen werden.

Prokla

- erscheint einmal vierteljährlich
- wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt
- presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: Chr. Watkinson, K. Hübner

© 1986 Rotbuch Verlag Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Satz: Fotosetzerei Hoheisel, Dortmund. — Druck: DRUCKHAUS Neue PRESSE, Coburg
ISBN: 3 88022 562 1

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Rotbuch Verlages und des Kirschkern-Buchverandes bei.

Editorial

Experimentierfeld: Arbeit

Seit etlichen Jahren analysieren linke Intellektuelle ökonomische und soziale Entwicklungen mit Konzepten, in denen der Begriff der Krise einen zentralen Stellenwert hat. Das hat seinen guten Grund unter anderem darin gehabt, daß es in der ökonomischen Aufschwungperiode der 50er und 60er Jahre nur einen geringen praktischen Erklärungsbedarf an der Krisenhaftigkeit ökonomischer Akkumulationsprozesse gab und die Krise in den 70er Jahren vielen zunächst als eine vorübergehende Betriebsstörung erschien. Gegen das gedankliche Fortschrittskartell derer, die weiterhin auf ökonomisch ungebrochenes Wachstum, den Segen von Technik und Automation, den Pioniergeist freier Unternehmer, gesicherter Facharbeiter und somit auf Umverteilung des produzierten Reichtums in Richtung auf eine gleichere Gesellschaft setzten, all denen mußte ins Gedächtnis gerufen werden, daß ökonomische Krisen zur »Normalität« kapitalistischer Entwicklung gehören und daß die lange Aufschwungperiode die zu erklärende Ausnahme war. Und so geschah es (mit einigem Erfolg) ein knappes Dutzend Jahre lang.

Doch der Erfolg war relativ und zweischneidig. Relativ, weil die Suche nach den erklärenden Faktoren der Krise zwar einige alte Wahrheiten überholte und genauere Fragen zuließ, aber letztlich das Ungenügen der Krisentheorie selbst offenbarte (vgl. Prokla 57). Zweiseitig, weil die Krise andauerte und mit ihrem Andauern zur »Normalität« in der Wahrnehmung derer wurde, die von der Krise profitierten, verschont wurden oder doch zumindest glaubten, daß dem so sei.

Denn die Analyse der Krisen selber bot nur wenig Ansatzpunkte für theoretische Entwürfe, wie aus ihnen zu entkommen sei, ohne dies auf Kosten größerer Teile der Bevölkerung zu tun. So wie gesellschaftlicher Fortschritt von vielen auf ein technisch-ökonomisches Maß reduziert wurde, drohte umgekehrt die Kritik dieser Entwicklung zur negativen Utopie zu gerinnen, welche nicht in der Lage war, ihre Widersprüchlichkeit zu begreifen. Im Ergebnis etablierte sich eine politische Arbeitsteilung: die Linken warnten vor einer gesellschaftlichen Entwicklung, während die Konservativen sie gestalteten: die modernisierte Zwei-Drittel-Gesellschaft. Eine derartige politische Arbeitsteilung (unabhängig von den parlamentarischen Mehrheiten) ist fatal — legt sie doch die Anlehnung an das jeweils herrschende Gestaltungskonzept der »Modernisierung« (sei es explizit mangels Alternativen, sei es implizit in der Form der Negation) nahe.

Für Parteistrategen auf der Suche nach Mehrheiten von morgen ein untragbarer Zustand, zumal die Optimismus-Wahlkampagnen der Vergangenheit erfolgreicher waren als die permanente Krisenwarnung. »Die Linke muß sich aufraffen«, schreibt Peter Glotz (im 'Manifest für eine Neue Europäische Linke', Berlin 1985) »sie braucht Zukunftsorientierung — eine realistische Utopie, die ihre Anhänger aus den Schützengräben des Relativierens holt. Die Linke muß die ansteckende Mutlosigkeit gegenüber dem einundzwanzigsten Jahrhundert ablegen«. Wir sollen uns keinen Illusionen hingeben, die Rechte habe die kulturelle Hegemonie errungen, und die Linke wird nur dann die Verhältnisse verändern können, wenn sie mit

ihrem Programm »eine neue Stufe der Bündnisfähigkeit zustande bringt«. Eine Kräftekoalition sollen wir bauen, die »möglichst viele Starke mit den Schwachen solidarisiert — gegen deren eigene Interessen«. Das sei zwar eine paradoxe Aufgabe, aber »auch das leidenschaftlichste Festhalten an der Klassenanalyse von vorgestern und die schönste Beschwörung der gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen können nicht darüber hinwegtäuschen: Der Weg der modernen Industriegesellschaft geht in die Segmentierung ... Noch nie waren die Lageunterschiede innerhalb der Arbeiterschaft so groß wie jetzt. Der wahrscheinliche Entwicklungspfad der industriellen Kernsektoren ... führt zur höheren Qualifizierung der Arbeiter und zu ganzheitlicherem Aufgabenzuschnitt ... Wer aber in den Krisensektoren arbeitet, ... der lebt im Risiko.« Das Szenario beginnt sich zu entfalten. Wo kommt es her?

Gehen wir für einen Moment zurück zur Wissenschaft. Unbestritten ist, daß ein wesentliches Element der ökonomischen Krise in der Entwicklung der Kapitalrentabilität zu suchen ist und daß die unternehmerischen Maßnahmen zur Neuordnung des industriellen Produktionsapparates eine Antwort darauf sind. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen dieses ökonomischen Umstrukturierungsprozesses haben in erster Linie die sozialen Auswirkungen betrieblicher Rationalisierungen und ökonomischer (regionaler und branchenspezifischer) Modernisierung analysiert. Dabei gab es bis vor kurzem und weitgehend unabhängig vom theoretischen Gerüst (vom betriebspolitischen Ansatz über die Zeitökonomie bis hin zur Entdeckung der Politik in der Arbeit) ein nur wenig angefochtenes Paradigma: Rationalisierungs-/Umstrukturierungsprozesse haben es darauf abgesehen, menschliche Arbeit tendenziell zu vereinfachen, um sie dann von Maschinen übernehmen zu lassen. Der Einsatz neuer Techniken und Formen der Arbeitsorganisation verschont in seinen negativen sozialen Auswirkungen weder die Facharbeiter und erst recht nicht die Massenarbeiter: die betriebliche Arbeitsteilung, die Dequalifikation von Kopf- und Handarbeit und vor allem die Arbeitslosigkeit schreiten voran. Gestritten wurde um anderes: um quantitative Zahlen, um verbliebene Handlungsspielräume, um Möglichkeiten des Überwinterns/Absicherns von Besitzständen. Das Szenario der Zukunft war düster: technischer Fortschritt in der Produktion wurde weitgehend zum Synonym für sozialen Rückschritt durch Rationalisierung.

»Das Ende der Arbeitsteilung?« betitelt Kern/Schumann ihre neue Rationalisierungsstudie und stellt das Paradigma in Frage. Die neuen (elektronischen) Technologien produzieren in ihrer immanenten Logik »neue Produktionskonzepte«, die auf ein geändertes Mensch-Maschine-System hindeuten: die Nutzung der Arbeitskraft ändere sich in Richtung einer breiteren Verwendung von Qualifikationen und eines ganzheitlicheren Aufgabenzuschnitts. Diese Potentiale seien in der Technologie verankert, leider führe ihre »privatistische Verengung« (ihre Anwendung innerhalb einzelwirtschaftlicher Kalküle) zu wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit. Deshalb bedürfe es einer sozial gesteuerten Innovation. Dieser »arbeitspolitische« Paradigmenwechsel der Kapitalseite ermögliche Anknüpfungspunkte für gewerkschaftliche Strategien der Gestaltung industrieller Arbeit und Arbeitsbeziehungen in den Sektoren modernisierter Produktion.

Diesen Ball haben Teile der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie dankbar aufgegriffen. »Erstmals in der Geschichte des Industrialismus ist es mit Hilfe der Technik möglich, statt die Zerteilung der Industriearbeit auf wenige Handgriffe weiterzutreiben, diesen 'Taylorismus', diese Überspezialisierung auf breiter Front zurückzudrängen und die Chancen für ein selbstbewußtes Verhalten der Arbeiter im Arbeitsprozeß entscheidend zu verbessern.« (P. Glotz) Da haben wir sie endlich, die »realistische Utopie«, denn: »höhere Produktivität ist unter den gegenwärtigen Umständen ohne pfleglicheren, 'aufgeklärteren' Umgang mit der lebendigen

Arbeit nicht zu bekommen» (Kern/Schumann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1 '85). Vor soviel »Neubesinnung« und gefragten Visionen wird denn auch schon mal die gegenwärtige Krise eine Nummer kleiner von Glotz als »Zwischenkrise« definiert.

Aber wir sollten es uns nicht zu leicht machen: weder in der behaglichen Fortschreibung der Taylorismus-/Neo-Taylorismusdebatte, noch beim modisch gewordenen Paradigmenwechsel. Der Zwang zur Überprüfung eigener Annahmen gilt gerade in den Phasen, in denen eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen noch im Gange und nicht verfestigt ist. Und soviel erscheint bei allen Kontroversen klar zu sein: nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen vergleichbaren kapitalistischen Industriegesellschaften findet ein Umbruch der industriellen Produktion statt, der die bisherigen Strukturen und Politiken innerhalb und außerhalb der Arbeit modifiziert. Das betrifft den Einsatz neuer Produkt- und Produktionstechniken, die Arbeits- und Produktionsorganisation, die Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Staat (es fragt sich, inwieweit die Verschärfung von § 116 des AFG nicht der »Modernisierungslogik« widerspricht?) und die Formen politischer Regulierung gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Krisen.

Ob wir diesen Zustand als »Krise des Fordismus« (vgl. Lipietz in Prokla 58) oder als »gesellschaftlichen Strukturbruch« (Prokla 57) oder anders nennen: noch lassen sich eine einheitliche Tendenz, generalisierbare Strukturen der »Modernisierung« nur mit Zwang konstruieren. Viele Beobachtungen sprechen dafür, daß die Arbeit ein Experimentierfeld unterschiedlicher Modernisierungsstrategien geworden ist, daß die Arbeitsbeziehungen »flexibilisiert« werden sollen, ausgerichtet auf sich schneller wandelnde betriebliche »Erfordernisse«. Die Wege dorthin sind verschieden, die Gefahren für eine solidarische (Gewerkschafts-)Politik groß.

Wir wollen in dieser Prokla einige andere Zugänge zum strukturellen Wandel von Arbeit und Produktion dokumentieren, wie sie in der amerikanischen, englischen und französischen Diskussion zu finden sind. Die Konfrontation mit diesen Ansätzen unterstreicht die Notwendigkeit, Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der Zukunft industrieller Arbeit (und mit ihr der Gewerkschaften) genauer zu bearbeiten. In Prokla 64 werden wir die Konsequenzen dieser Entwicklungen für die Gewerkschaftsbewegung in den Mittelpunkt stellen. Charles Sabel entwickelt in seinem Beitrag eine Modernisierungsperspektive industrieller Arbeit und gewerkschaftlicher Interessenvertretung, welche die Möglichkeiten einer flexiblen Spezialisierung in der Ablösung des fordistischen Massenproduktionsmodells hervorhebt. Seine Überlegungen mögen die Bedeutung flexibler Spezialisierung überschätzen (und insofern einer vergleichbaren Kritik wie die »neuen Produktionskonzepte« von Kern/Schumann ausgesetzt sein) — sie haben den Vorteil, das Flexibilisierungskonzept der unternehmerischen Modernisierung auf die gewerkschaftliche Strategiebildung bezogen positiv durchdacht zu haben. Das macht (unfreiwillig) auch die Gefahren deutlicher.

Benjamin Coriat/Philippe Zarifian skizzieren die neuen Organisationsprinzipien der Produktion und fragen nach den neuen Differenzierungsprozessen innerhalb der Lohnarbeit. »Während einer ganzen Ära schien es legitim«, schreiben sie, »sich auf die unmittelbare Arbeit und deren Organisation zu konzentrieren. Der Taylorismus hatte sie zum zentralen Konfliktfeld gemacht. Heutzutage kann dagegen die Rationalisierung der Arbeit nicht mehr unabhängig von der umfassenderen Bewegung einer Rationalisierung der Produktion gedacht werden. Damit verlagern sich die Konfliktfelder grundsätzlich.«

Stephen Wood analysiert die Konturen der britischen 'Labor-Process-Debatte', die durch Braverman's »Arbeit im modernen Produktionsprozeß« ausgelöst wurde. Ihm kommt es darauf an, die Diskussion um gewerkschaftliche Spielräume für positive Ansätze bei den Manage-

ment-Initiativen zur Veränderung der Arbeitsorganisation auszuloten, d.h. die möglichen Alternativen zum Taylorismus. Dabei liegt ein Schwerpunkt in der Analyse von Kontrollstrukturen in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit.

Knut Dohse geht der Frage nach, »in welcher Form und mit welchen Mitteln Konzerne den industriellen Arbeits- und Produktionsprozeß beeinflussen«. Er weitet damit die bisher eindeutig betriebsbezogene Argumentation aus und zeigt, wie auf Konzernebene ein Angleichungsdruck auf die Gestaltung des betrieblichen Arbeitsprozesses ausgeht, der über direkte Kontrollstrukturen und die eher vorsichtige Organisation von Managementlernprozessen versucht, globale Rationalisierungsziele betrieblich umzusetzen. Seine am Beispiel der multinationalen Automobilkonzerne entwickelten Thesen machen nochmals deutlich, daß es bei der Organisation von Arbeit und Produktion auch von Managementseite keine eindeutigen Strategien gibt, vielmehr unterschiedliche Tastversuche zur Neuorganisation der Arbeit. Aus den hier vorgestellten Beiträgen sei eine vorsichtige Schlußfolgerung gezogen: die neuen Vergesellschaftungsformen der Arbeit sind noch nicht fest definiert, das Kapital experimentiert mit unterschiedlichen Formen (von der Entgewerkschaftlichung, vgl. Prokla 54, bis zum geplanten Einbezug von Gewerkschaften in diesen Prozeß, vgl. Sabel in diesem Heft), die von der Gestaltung des Arbeitsprozesses bis zur Gestaltung rechtlicher Rahmenregelungen reichen. Es scheint sich eine Tendenz zur »Verbetrieblichung« der Konflikte und Regelungsbereiche von seiten des Kapitals durchzusetzen. Eine nur betriebsbezogene, gewerkschaftliche Antwort auf die Veränderung industrieller Arbeit kann dem allein nicht begegnen, eine einheitliche Interessendefinition aller Lohnabhängigen scheint nur unter weitgehender Abstraktion der konkreten Lebens- und Arbeitsumstände möglich. Es stimmt: Utopien sind notwendig, wenn wir das »Projekt der Moderne« nicht der konservativen Gesellschaftsspaltung überlassen wollen. Aber niemand sollte die Tücke der »Visionen« unterschlagen, die darin besteht, die Anpassung an eine modernisierte Zwei-Drittel-Gesellschaft im Ergebnis zu fördern.

»Maulwurfarbeit also und mühsame Aufklärung: die übliche Minderheitsposition gegen die sprechende Mehrheit« schreibt *Johannes Agnoli* über die Aufgaben der Linken und ihr Verhältnis zur Demokratie. Zwanzig Jahre nach seinem mit Peter Brückner verfaßten Buch »Die Transformation der Demokratie« überprüft Agnoli seine Überlegungen zum Verhältnis der Linken zum Verfassungsstaat, zu den Klassen und den Massen. Nicht das religiöse Bekenntnis der Linken zum demokratischen Staat, zum besten aller Staaten überhaupt ist das zentrale Problem, sondern »ob und wie Emanzipation möglich wird, ob und wie die Massen zum emanzipatorischen Bewußtsein kommen: ob sie es auch wollen. ... Denn der alte Weg von Plato über Fichte bis zu Lenin: man müsse die Massen zu ihrem Glück und zur Freiheit zwingen, ist nicht nur theoretisch brüchig und intellektuell eine Legitimationsideologie der Macht. Viel schlimmer: er läßt alles bei den alten Verhältnissen (mit ausgewechseltem politischen oder gesellschaftlichen Personal), involutiert auf jeweils andere Weise lustig weiter.« Während die Autoren der Demokratie-Diskussion (Prokla 61) eher auf den historischen Prozeß der Auseinandersetzung um demokratische Verfahren/Institutionen verweisen, um — in Kenntnis der Grenzen und Mängel — an ihnen normativ festzuhalten, antwortet Agnoli: »Die Geschichte kennt ihre eigene Ironie — auch Dialektik genannt. Und so kommt es, daß gerade diejenigen, die in der Geschichtsschreibung als die Schlimmen erscheinen: die Extremen, die Radikalen, die linke Radikalität so etwas darstellen wie die Existenzbedingung — des reformerischen Strebens.«

Mit dem Beitrag von *Przeworski* und den kommentierenden Bemerkungen von *Hübner/Stanger* wollen wir eine theoretisch-methodische Diskussion vorstellen, die im angelsächsischen Sprachraum seit einigen Jahren geführt wird und zunehmend an Einfluß in der hiesigen Auseinandersetzung gewinnt: die Fundamentierung sozialwissenschaftlicher Analysen durch den methodologischen Individualismus. Das allein wäre wohlmöglich kein hinreichender Grund, den Prokla-Lesern eine derartige 'Zumutung' zu empfehlen, zumal der »Public-choice«-Ansatz der amerikanischen Politikwissenschaft und seine Ausprägungen auf demokratietheoretische Konzeptionen der Konservativen gerade in der letzten Prokla von Müller-Plantenberg kritisiert wurde. Aber die Zumutung erscheint notwendig, und sei es auch nur aus dem Grunde, die Tragfähigkeit grundlegender Kategorien marxistischer Theoriebildung erneut zu überprüfen. Bereits in Prokla 58 haben Wright und Elster versucht, den Ausbeutungsbegriff spieltheoretisch zu erfassen. Przeworski seinerseits versucht, sich den Problemen marxistischer Handlungstheorie und der Analyse von Strukturen gesellschaftlicher Beziehungen mit Hilfe des methodologischen Individualismus zu nähern. Bei aller begründeten Skepsis ob des Erfolgs eines solchen Vorgehens soll nicht verschwiegen werden, daß der Beitrag die Diskussion der Redaktion spürbar angeregt hat. Ein Zeichen für erneuten Nachholbedarf theoretisch-methodologischer Grundlagendiskussion in den Sozialwissenschaften?

Die Redaktion

In eigener Sache ...

1. Geld.

Uns geht es gut! haben wir sinngemäß in Prokla 59 geschrieben. Und damit gemeint, daß sich die Resonanz auf die Zeitschrift in letzter Zeit positiv entwickelt hat. *Das stimmt auch.* Wir haben von gestiegenen Abonnentenzahlen geschrieben. Auch das stimmt weiterhin. Was wir nicht wußten (aber jetzt): der Buchhandelsverkauf der Prokla in Westdeutschland ist zurückgegangen — in erster Linie eine Folge veränderter Geschäftspolitik der Buchhandlungen: um Lagerkosten zu sparen und um die Umschlagszeit des Kapitals zu verkürzen, haben die meisten Buchläden ein reduziertes Warenlager. Für die Zeitschriften heißt dies: bestenfalls wenige Exemplare der allerletzten Nummer sind vorrätig. Für eine linke Theoriezeitschrift wie die Prokla, deren Beiträge über einen bedeutend längeren Zeitraum aktuell sind, hat diese geänderte Verkaufspolitik unmittelbare Konsequenzen: die Zeitschrift liegt nur noch in wenigen Buchhandlungen aus, sie muß einzeln von den Kunden bestellt werden. Und wer die Prokla nicht schon anderweitig kennt, hat wenig Gelegenheit, dies in Buchläden nachzuholen. Für West-Berlin deuten die vorhandenen Daten allerdings auf einen leicht gestiegenen Buchhandelsverkauf hin.

Summa summarum: der Gesamtverkauf stagniert und die Kosten steigen.

Was tun? Prinzipiell gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die Produktions- und Vertriebskosten zu senken oder die Einnahmen zu erhöhen, sofern kein Dauerdefizit erzielt werden soll (wir befinden uns ja nicht in einer Abschreibungsbranche, trotz der diesbezüglich bekanntlich idealen Voraussetzungen in Berlin). Auf der Kostenseite haben wir nur einen eng begrenzten Spielraum. Bleibt die Einnahmeseite.

Editorial

Der Rotbuch-Verlag hat beschlossen, den Preis der Prokla ab Heft 62 um 1,— DM zu erhöhen, so daß das Einzelheft DM 16,— und im Abo DM 13,— kostet.

Wir sehen darin die Gefahr, daß die Anzahl der Kopien steigt, die der Käufer jedoch sinkt. Da wir weiterhin am bisherigen inhaltlichen Konzept einer theoretischen Zeitschrift für sozialistische Politik festhalten wollen, — auch wenn dies ein permanenter Suchprozeß ist, der nur begrenzte Sicherheiten bietet — müssen wir uns etwas Neues im Bereich von Werbung und Vertrieb einfallen lassen.

2. Konsequenzen — Mitarbeit

- *Abonniert die Prokla in Eurem Buchladen!* Ihr spart nicht nur DM 3,— pro Heft, sondern verbessert die Chance, daß somit überhaupt eine Prokla in den Buchladen kommt. Außerdem kann es nicht schaden, mindestens alle 3 Monate einmal in einen Buchladen zu gehen.
- Insbesondere in den Universitätsstädten spricht mit den Buchhändlern über die Prokla, damit sie zumindest mit den letzten Nummern vorrätig ist. Wir schicken Euch gerne Plakate oder Werbematerial.
- Die Buchhandlungen, die die Prokla regelmäßig führen, werden namentlich in der Prokla genannt. Wir werden im Laufe des Jahres eine derartige Rubrik einrichten. *Schickt uns bitte die Adressen dieser Buchläden.*
- Prüft, ob die Prokla in den jeweiligen Bibliotheken vorhanden ist. Wenn nicht, regt Bestellungen an.

Wir wollen keinen eigenen Vertrieb aufbauen. Aber wir brauchen Eure Mitarbeit, um dafür zu sorgen, daß die Prokla zumindest in den wichtigsten Buchhandlungen und Bibliotheken der Universitätsstädte vorrätig ist.

Nach dem Erfolg unseres »Aufrufes zur Mitarbeit« (in Heft 59 — der Aufruf gilt noch immer) bitten wir Euch auch um Anregungen und Mitarbeit zur Verbesserung des Vertriebs.

Wenn wir in dieser Prokla im Themenschwerpunkt u.a. drei ausländische Beiträge anbieten können und darüber hinaus außerhalb des Schwerpunktes einen eigenen Beitrag zur Methoden-/Theoriediskussion sowie einen langen Artikel von Agnoli zur »Transformation der Demokratie«, dann freuen wir uns nicht nur über dieses Heft, sondern wir wissen auch, daß dies ein Ergebnis derer ist, die die Prokla ideell und materiell unterstützen. Nur so ist es möglich, daß die Prokla in diesem Herbst ihren 15. Geburtstag feiern kann.

Johannes Agnoli Zwanzig Jahre danach Kommemorativabhandlung zur »Transformation der Demokratie«

»Ich habe das alte Haus inzwischen liebgewonnen.«

(Eine grüne Abgeordnete über den Bundestag)

»Die Institutionen sind mächtiger als die einzelnen Menschen.«

(Marx)

Einleitend

Zwanzig Jahre sind eine lange Zeit. Der jetzige Zeitpunkt: die Tendenzwende nach den sozialliberalen — sagen wir Reformversuchen, bietet sich als überaus günstige Gelegenheit, das Verhältnis der Linken zur Demokratie, zum Verfassungsstaat, zu den Klassen und den Massen neu zu bedenken. Es gilt, all das zu überprüfen, zu korrigieren — oder zu bestätigen, was wir hierzulande gedacht, gemacht, vorgeschlagen und perspektivisch geöffnet haben oder öffnen wollten. Sofern die allgemeine Thematik freilich sich auf das Verhältnis der Linken zur Demokratie bezieht und dabei unter Demokratie die in Westdeutschland herrschenden Zustände meint, scheint sie mir der Änderung bedürftig. Denn sie unterstellt eine in Wahrheit vorhandene Volksherrschaft; sie hält also für wahr, was in jedem Sozialkundebuch steht und im Grundgesetz festgelegt ist: daß das Wahlvolk zumindest in seiner Vertretung das wirkliche Zentrum, das Subjekt der politischen Macht sei. Die Fragestellung verwandelt sich derart unversehens in die Gretchenfrage der Linken. Die »Demokratie« als unschuldiges Gretchen fragt uns böse linke Heinriche, wie es denn um unser politisches Glaubensbekenntnis stünde. Die Rationalität des Problems stellt sich aber erst in der Umkehrung her: was von den demokratisch genannten Eigenschaften des bürgerlichen Verfassungsstaats und seiner Institutionen zu halten sei. Wie weiland bei Aristoteles in dem Verhältnis zwischen Koch und Gast: *Wir* haben das Fragerecht, nicht die konstituierte Ordnung. Darum geht es also nach wie vor. Es geht aber auch — wie es sich gleich zeigen wird — um Persönliches. Ich bitte die sonst streng objektiv-wissenschaftlich eingestellten Leser der Prokla um Nachsicht, wenn in diesem Beitrag — zumal am Anfang — Persönliches auftaucht. Nicht, daß ich von der berühmten Parole viel hielte: das Persönliche sei politisch, da ich das Politische eher negativ besetze und auf die Rückgewinnung der gesellschaftlichen und persönlichen Autonomie gegenüber der Form Staat und aller staatlich-politischen Gewaltförmigkeit durchaus Wert lege. Darin sehe ich überhaupt das Geschäft, auf das ich mich schon seit längerer Zeit einließ, und mit dem die ganze Linke sich befassen sollte: Die Politik theoretisch und so weit wie möglich auch praktisch zu kritisieren. Gerade in diesem Punkt vermischten sich Sache und Person, Projekt und Subjekt, anlässlich einer denkwürdigen Veranstaltung, in der über die »Transformation der Demokratie« (1967; im folgenden zitiert nach der 2. Auflage 1968, akademischem Brauch gemäß TdD genannt) und über meine Positionen verhandelt wurde — in meiner, durch alltägliche Umstände erzwungenen Abwesenheit.¹ Nun soll dies alles eher Gelegenheit